

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

113 (26.9.1923)

223.
Auf-
om 22.
s Buch-
600 000.
22.-25.
ldmark.
000000/o
00000/o
00000/o
00000/o
00000/o
00000/o
275 000
092 000
248 500
750 000
463 800
arkt:
-
-
-
-
markt:
-
-
-
-
00/o
mwerb.
ill. M.
00 v. S.
640 F.
0000 D.
n.
für Wein
n.
offstands-
seite 718)
nährung
e Baden
efängnis-
Strafen
en
jähr.
n blauer
str. Heu.
Steinsfurt.
n
end
los,
gerien
Apotheker.

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Austräger
ohne Bestellgeld
für Oktober 4000 Mark mal
Schlüsselzahl freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit von 8 Uhr, Sonntags
geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 113.

Mittwoch, den 26. September 1923.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Mk.
Familien-Anzeigen 20 Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 90 Mk.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom
Berein deutscher Zeitungsverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgesetzt wird.
Grundgebühr im Anzeigen- und
Legertell ist Null.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter
Reklamen, die bei Nichtzahlung immer-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs erlösch.
Wahrscheinlichkeiten werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Der Abbau des passiven Widerstands.

Vor dem Ende des passiven Widerstandes.

Berlin, 24. Sept. Um die Mittagsstunde haben im Reichskanzlerpalast die Beratungen der Regierung mit den Reichstags- und Landtagsabgeordneten, den Regierungspräsidenten, den Vertretern der Beamtenvereine, der Gewerkschaften, der Oberbürgermeister und der Berufsverbände der besetzten Gebiete begonnen. Die Beratungen werden voraussichtlich den ganzen Tag über andauern. Wie die Voss. Zig. mitteilt, wird die Reichsregierung, nachdem die Ruhr- und Rheinvertreter ihre Auffassung mitgeteilt haben, am Abend noch einmal zu einem Kabinettsrat zusammenzutreten und endgültige Beschlüsse fassen. Das Blatt sieht voraus, daß die Entscheidung dahin lauten wird, die Bestimmungen über den passiven Widerstand schon in den nächsten Tagen am Mittwoch oder Donnerstag aufzugeben. Nicht nur das Reichskabinett ist einmütig der Auffassung, daß aus rein finanziellen Gründen diese Bestimmungen nicht mehr aufrecht erhalten werden könnten, sondern auch die Vertreter aus den besetzten Gebieten mit denen die Reichsregierung während der letzten Wochen andauernd in enger Fühlung gestanden hat, bis in die Reihen der Deutschnationalen aus der Ruhr und dem Rheinland reicht die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, den passiven Widerstand in der bisherigen Weise fortzuführen. Die Voss. Zig. glaubt auch annehmen zu dürfen, daß zwischen den Regierungen der Einzelländer, deren Ministerpräsidenten sich morgen in Berlin versammeln werden und der Reichsregierung in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheit besteht. Der passive Widerstand steht vor dem Ende, weil er nicht mehr finanziert werden kann.

Der formelle Beschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes.

Berlin, 25. Sept. Der formelle Beschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes wird heute abend in einer Sitzung des Reichskabinetts gefaßt werden, die spät am Abend begann und in deren Verlauf sich noch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinettsmitgliedern über die Herstellung des endgültigen Textes ergeben haben. Man erwartet jedoch, daß heute nacht noch die Proklamation an die Bevölkerung des Ruhrgebietes hinausgeht, die zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert. Dies ist das Ergebnis der zweitägigen Beratungen, die in Berlin mit dem improvisierten Parlament der Vertreter des besetzten Gebietes und mit den Chefs der Landesregierungen stattgefunden haben. Der heutige Vormittag hat der Sitzung des Reichsrates angehört, in dem außer den üblichen Vertretern der Länder in dieser Kammer die Ministerpräsidenten saßen. Auch Herr von Knilling aus München war erschienen, obwohl die regierungsfeindliche Presse von dem Fernbleiben des bayerischen Ministerpräsidenten gesprochen hatte. Ein offizielles Communiqué über die Reichsratssitzung befragt, daß vollständige Uebereinstimmung darüber herrschte, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen vor allem aber aus finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso herrschte Einstimmigkeit darüber, daß der Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen sei. Der offizielle Wortlaut ist über die Einstimmigkeit der Beschlüsse keine Phrase, sondern tatsächlich hat auch der bayerische Ministerpräsident dem Beschluß zugestimmt.

Nach unseren Informationen ist die Absicht der Reichsregierung, die Angelegenheit politisch so zu behandeln, daß der Abbruch des Widerstandes an der Ruhr gar nicht etwa der französischen und belgischen Regierung besonders notifiziert werde. Er ist nicht Gegenstand diplomatischer Verhandlungen, sondern eine rein innerpolitische Maßnahme. Die deutsche Regierung ist aber weit entfernt davon, auch nach der Aufnahme der Arbeit die Rechtmäßigkeit der französischen Einnahmen im Ruhrgebiet anzuerkennen. Die deutsche Forderung und Rückführung der Vertriebenen und Freilassung der unschuldig Verhafteten ist in diesem Augenblick zwar nicht vorgebracht worden, sie wird es aber, bevor es zu tatsächlichen Verhandlungen mit fremden Mächten kommt. Denn das ist die Auffassung, die speziell in der Umgebung des Kanzlers geteilt wird, daß bei den zukünftigen Verhandlungen Deutschland es nicht mehr mit den Mächten allein zu tun haben wird, die ins Ruhrgebiet einmarschieren sind, also Frankreich und Belgien, sondern mit sämtlichen Reparationsgläubigern. Es kann deshalb heute noch nicht die Rede sein, ob Deutschland kapituliert hat oder nicht, sondern erst dann, wenn Verhandlungen über die Reparationsfrage beginnen, in deren Rahmen dann die Ruhrfrage und damit auch die von der deutschen Regierung sich zur Ehrenpflicht gestellte Bedingung ihre Erledigung finden wird. In dieser Frage wird dann der Reichskanzler Stresemann kein Abwählen von seinen Forderungen kennen. Wenn diese Auffassung die von sehr zuverlässiger Seite stammt, Recht behält, so wäre es klar, daß der gewandte Parlamentarier Stresemann die Formel gefunden hat, auf die ihm nicht nur Bayern, sondern auch der größte Teil seiner anderen innerpolitischen Widersacher folgt.

Die Dinge rollen unaufhaltsam weiter abwärts auf der schiefen Ebene, auf die sie seit dem deutschen Zusammenbruch geraten sind. Auch Stresemann kann sie in ihrem Lauf nicht aufhalten, trotz seiner großen Fähigkeiten, seines Patriotismus, seines unbefangenen Optimismus. Wir rüsten uns zum Abbau des passiven Widerstandes an der Ruhr und Rhein,

obwohl man uns tausendmal gesagt hat, daß es die letzte und einzige Waffe ist, die uns geblieben. Wir legen auch sie nieder; obwohl der Gegner zu nicht eine einzige der Bedingungen anerkannt hat, an die noch in der vorigen Woche die Preisgabe des passiven Widerstandes geknüpft werden sollte. Poincaré hat im Priesterwald uns mit düren Worten gesagt, das erste sei, daß wir unsere Niederlage anerkennen und mit der Stellung von Vorbedingungen überhaupt aufhören. Das will heißen, daß wir uns noch einmal auf Gnade und Ungnade dem Diktat des „Siegere“ unterwerfen müssen. Also nicht einmal so weit hat der Widerstand durchgehalten werden können, daß wenigstens der kleine Fortschritt gewonnen worden wäre, daß man überhaupt mit uns verhandelte. Nicht einmal soviel ist erreicht. Wohl hat der passive Widerstand die Ruhrbefugung für die Franzosen unfruchtbar gemacht. Sie haben einen Bruchteil nur der Kohlen herausgewirtschaftet, die sie beim friedlichen Fortgang der Lieferungen erhalten hätten. Aber was waren für sie die Verluste an Rohkoks, was selbst die zeitweise ausgebliebenen Hochöfen — sie konnten es aushalten und abwarten, bis wir zusammenbrechen. Und dieser zweite Zusammenbruch war ihnen, was den führenden Franzosen jedenfalls viel wichtiger und wertvoller, als alle Kohlen Westfalens. Jetzt haben sie uns da, wo sie uns haben wollten: hilf- und wehrlos stehen wir am Ende letzter Hoffnungen und müssen warten, was über uns verfügt wird. So ist die Lage.

Wir wissen nicht, ob Stresemann wirklich an einen Erfolg direkter Verhandlungen mit Frankreich geglaubt hat, sicher ist, daß die Sozialdemokratie bis zuletzt dem deutschen Volk vorzumachen wollte, Frankreich werde Entgegenkommen zeigen. Wird nun das deutsche Volk endlich erkennen, daß es mit Frankreich keine Verständigung geben wird, und daß wir im Kampf mit diesem unverföhnlichen Gegner uns nur behaupten können, wenn wir für den Wiederaufbau eines starken Deutschen Reiches die denkbar größten Opfer bringen?

Die Woche der Entscheidung.

Außenpolitisch und innenpolitisch sind die Dinge um den Ruhrkampf herum jetzt soweit in die Entscheidung hineingereift, daß wir zur Klarheit kommen müssen, und vermutlich wird die erste Hälfte der beginnenden Woche uns die Verantwortung der Fragen bringen, die für das Schicksal Deutschlands bestimmend sind. Es ist nicht gut, daß durch absichtliche oder unabsichtliche Indiskretionen bereits soviel davon in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Die Lage der Regierung wäre einfacher und aussichtsreicher, wenn sie nicht schon seit Tagen mit Widerständen hätte kämpfen müssen, die künstlich geradewegs durch Geschichtsträger gegen sie großgezogen sind. Aber darüber heute zu klagen, hat keinen Sinn mehr. Nachdem man im Auslande auch mehr, als uns gut ist, Bescheid weiß über die Problemstellung, wie sie sich für uns ergibt, hat es keinen Sinn mehr, Geheimniskrämerie zu treiben. Wir können deshalb, ohne Wichtiges zu verraten, die Tatsachen aufzählen, die für die Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung maßgebend sind.

Da ist dann leider festzustellen, daß — durch Fehler der Vergangenheit, an denen sich in diesem Stadium nichts mehr ändern läßt — die Finanzkredite für das Ruhrgebiet einen Umfang angenommen haben, der für die Reichsfinanzen nicht mehr tragbar ist. Mögen es nun 100 oder 200 Billionen sein, die tagtäglich hinübergeschickt werden müssen, und von denen ein Teil den Franzosen in die Hände fällt, die damit erfolgreich durch Massenverkäufe in Amsterdam den Niedergang der Mark beschleunigt haben, der Augenblick ist eben da, wo die Notenpresse dem Staat keine zusätzliche Kaufkraft mehr schaffen kann, weil die Papiermark ihre wichtigste Funktion als all-gemein anerkanntes Zahlungsmittel zu verlieren beginnt. Von der finanziellen Seite her also sind die Gelder für die Ruhr von Reichswegen nicht allzu lange mehr aufzubringen. Es ist ja nicht so, daß wir statt der Millionenfache Milliarden-scheine drucken und davon weiterleben könnten, denn wir brauchen Lebensmittel auch aus dem Auslande, und bei dem Tempo, in dem die Entwertung in den letzten Wochen vor sich ging, ist für die Landwirtschaft wie für Handel und Industrie ein Rechnen in Papiermark einfach nicht mehr möglich. Immerhin, die Gefahr ist nicht so brennend, daß wir heute auf morgen ein Abbrechen der Kredite nötig wäre. Die Reichsregierung kann, solange sie sich politische Vorteile davon verspricht, die Gehälter weiterzahlen, aber daß die Frist begrenzt ist, innerhalb deren dieses Verfahren möglich ist, weiß man eben auch in Paris, ebenso wie man dort darüber im Bilde ist, daß der passive Widerstand an der Ruhr zusammenbricht, wenn die Gelder aus Berlin ausbleiben. Rechnet man dazu noch, daß mit dem Beginn der Heizperiode im Ruhrgebiet das Gespenst des Frierens auftaucht, daß die Versorgung mit Kartoffeln vor der Frostperiode nur mit Hilfe der Bahnen möglich ist, die in französischer Hand sind, daß also hier ein äußerster Zeitpunkt gegeben ist, über den hinaus die Widerstandskraft der Bevölkerung, als Ganzes gesehen, nicht durchzuhalten ist, so ergibt sich daraus für Poincaré, daß er in wenigen Wochen spätestens mit dem Zusammenbruch Deutschlands rechnen zu dürfen glaubt.

Also, so wird man daraus schließen, liegt jetzt, wo er dem Ziele seiner Wünsche sich so nahe fühlt, für ihn nicht der geringste Anlaß vor, Deutschland auch nur um einen Zentimeter entgegenzukommen? Die Regierung Stresemann hat nach

London und nach Brüssel — und vermutlich auf diesem Umwege auch nach Paris — zu verstehen gegeben, daß sie an sich bereit ist, die Folgerungen aus unserer ungünstigen Lage zu ziehen und den passiven Widerstand zu beenden, aber nicht bedingungslos. Was sie dafür verlangt, ist das Mindestmaß dessen, was aus dem besetzten Gebiet heraus gefordert wird: Gewährleistung für den Bestand des Deutschen Reiches, sofortige Uebernahme der Verwaltung durch die Deutschen, Beseitigung jeder politischen oder wirtschaftlichen Sperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, Heimkehr aller Vertriebenen und Amnestie aller Verurteilten. Wenn man so will, sind also alle materiellen Voraussetzungen für den Verzicht auf den passiven Widerstand gestrichen, gelassen sind lediglich die Ehrenpunkte. Und dieses Programm ist aufgestellt in Uebereinstimmung mit den Vertretern des besetzten Gebietes. Sie sind am Sonntag nach Berlin gekommen, um mit der Reichsregierung über die weiteren Möglichkeiten zu beraten und gemeinsame Richtlinien zu finden. Am Montag wird sich daran eine Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder schließen und für den Dienstag ist dann die entscheidende Sitzung des Reichskabinetts zu erwarten. Was sie uns bringen wird?

Die Antwort darauf liegt nicht in Berlin. Poincaré weiß, was die gegenwärtige deutsche Regierung tun will und wo für sie die Grenze gezogen ist, er weiß auch, daß es keine andere deutsch e Regierung geben wird, die weitere Zugeständnisse machen kann. Er steht also vor der Wahl, entweder seinen Frieden mit dieser deutschen Regierung zu schließen oder einen vertragslosen Zustand heraufzubeschwören, bei dem Deutschland erklärt, daß es nicht in der Lage ist, den passiven Widerstand unbeschränkt fortzusetzen, daß es aber niemals seine Zustimmung oder seine Unterschrift geben kann zu einem Verträge, der in irgend einer Form an das Diktat von Versailles erinnert. Wenn deshalb auch der passive Widerstand im Ruhrgebiet zusammenbrechen sollte, so würde damit an den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nichts geändert. Die Franzosen hätten die volle Verantwortung für alle Folgen, die daraus entstehen, sie hätten die endlos schwere Aufgabe, sich mit einer Bevölkerung von 8 Millionen Menschen, die vielleicht hungert und friert, auseinanderzusetzen, und müßten die ganze Wirtschaftsmaschine wieder in Gang bringen. Dazu gehört, abgesehen von allem andern, sehr viel Geld, Frankreich müßte also Milliarden in das Industriegebiet hineinstecken, was auf keinen ohne sinkenden Frankkurs keinen günstigen Einfluß ausüben würde, und sähe dann doch unter Umständen vor der Gefahr, daß es die Kohlen, die gefördert werden, an Deutschland zu einem Preise verkaufen muß, bei dem für die Entscheidung kein Pfennig übrig bleibt, weil eben die Aufnahmefähigkeit der Welt auch für Kohle erschöpft ist, und die Ruhrkohle nur in Deutschland ihr natürliches Hinterland hat. End Ergebnis: Poincaré hat, wenn er hartnarrig bleibt, die Möglichkeit, einen Prestigeerfolg zu feiern und der Welt zu zeigen, daß er den deutschen Widerstand zerbrochen hat, aber er wird niemals der Welt ein neues Dokument von Versailles vorlegen können. Dieser Prestigeerfolg jedoch bedeutet vielleicht den Anfang einer Auflösung Deutschlands und damit das Chaos in Mitteleuropa. Das sind die beiden Schalen der Waage. Wir Deutschen sind nicht imstande, die Gewichte zu verschieben, aber es darf angenommen werden, daß von Belgien aus in Paris die Gefahren, die hier schlummern, sehr deutlich vorgetragen wurden, und daß auch Herr Baldwin seinem französischen Kollegen dringend geraten hat, den europäischen Frieden nicht zu zerstoren. Die Entscheidung liegt also bei Poincaré, und wir müssen abwarten, wie sie ausfällt.

Die Entscheidung ist bereits gefallen. Aus Poincarés Sonntagsgesprächen klingt die schroffe Antwort: Bedingungen gibt es nicht, nur Unterwerfung! Die Woche der Entscheidungen hat einen düsteren Auftakt erhalten.

Eine französische Erklärung.

Paris, 25. Sept. Havas sagt in einer offiziellen Mitteilung: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat nur durch die Presse Kenntnis erhalten von dem Beschluß der Regierung Stresemann, den passiven Widerstand zu beenden. Dem französischen Botschafter in Berlin ist keine offizielle Mitteilung zugegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Bestimmungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gestattet wird. Zwischen den alliierten Regierungen wird unverzüglich ein Meinungsaustausch eingeleitet werden, und es ist wahrscheinlich, daß Poincaré in erster Linie mit den belgischen Ministern verhandeln wird. Der Ministerpräsident fährt heute abend nach Paris zurück.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 25. Sept. Heute nachmittag versammelten sich die Führer der Reichstagsfraktionen im Reichskanzlerhaus. Der Reichskanzler führte aus, welche innenpolitischen und finanziellen Beweggründe die Reichsregierung zu ihrer von den Vertretern der besetzten Gebiete gebilligten Auffassung gebracht haben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden müsse. Er hob dabei hervor, daß die schweren Opfer der Bevölkerung an Rhein und Ruhr in den letzten neun Monaten nicht umsonst gebracht worden seien, daß aber die durch sie geschmiedete wirksame Waffe des passiven Widerstandes sich gegen das deutsche Volk selbst zu wenden drohe. Aus den finanziellen Verhältnissen des Reiches, deren zwingendem Diktat man sich nicht länger entziehen könne, müsse man die Folgerungen ziehen und den passiven Widerstand beenden. Die Fraktionsführer schlossen sich dieser Auffassung des Reichskanzlers an mit Ausnahme des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der den passiven Widerstand durch schärfere Maßnahmen zu übertrumpfen wünschte.

Betrachtungen der Zeitschrift.

Zu den Besprechungen über die Lösung des Ruhrkonfliktes schreibt die „Zeit“: „Die Frage des passiven Widerstandes steht zur Zeit im Mittelpunkt der Beratungen. Man wird sich in diesen Besprechungen einem Zwang harter und unerbittlicher Tatsachen, nicht entziehen können. Man wird anerkennen müssen, daß die Finanzkraft des Deutschen Reiches eine ungeheure Belastung, die sie bisher getragen hat, nicht unbegrenzt aushalten kann, wenn nicht das wirtschaftliche Leben Deutschlands und damit auch der Rückhalt der Rhein- und Ruhrbevölkerung überhaupt zusammenbrechen soll. Es war nie zweifelhaft, daß der passive Widerstand nur ein Mittel zum Zweck war, d. h. daß wir den Versuch gemacht haben, durch ihn an den Verhandlungstisch zu kommen. Es muß jetzt aus beinahe dreiviertel Jahren Ruhrkampf der Schlus gezogen werden, daß diese Waffe einen Erfolg nicht mehr verspricht; so scheidet sie damit aus unseren Kampfmitteln aus. Auch die Deutschnationalen haben auf die Frage, woher man schließlich die Mittel für die Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes nehmen soll, keine Antwort gefunden. Wenn aber auf das Kampfmittel des passiven Widerstandes verzichtet wird, so bedeutet das selbstverständlich in keiner Weise eine Kapitulation. Legt die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand, so tut sie es, um eine ehrenhafte Behandlung zu verlangen, und es gibt keine deutsche Regierung, die in dieser Lage das Rhein- und Ruhrgebiet preisgeben könnte; auch gibt es keine deutsche Regierung, die sich mit den Franzosen an einen Verhandlungstisch setzen kann, solange diejenigen hinter den Kerkermauern sitzen oder von Haus und Hof vertrieben sind, die nichts weiter getan haben, als den Verordnungen und Gesetzen ihres Landes Achtung und Gehorsam erwiesen zu haben.“

Das „Berl. Tagebl.“ rechtfertigt den Beschluß der Reichsregierung über den Abbau des passiven Widerstandes, indem es auf die Unmöglichkeit hinweist, den Widerstand weiterhin zu finanzieren. Deutschland habe zwar eine Schlacht verloren, aber der Kampf geht weiter. Und zwar geht er weiter um die Wiedererlangung deutschen Bodens, um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und um die Behauptung der deutschen Einheit.

Die „Voss. Ztg.“ führt aus, daß die Reichsregierung den Mut zur Verantwortung gezeigt habe. Das Kabinett Stresemann habe in der knapp bemessenen Zeit, die ihm blieb, alles versucht, um die abgestumpfte Waffe des passiven Widerstandes so wirksam wie möglich zu machen. Das Ergebnis war negativ. Da die Einbruchsmächte Zugeständnisse ablehnten, die Fortführung des Widerstandes aber Selbstmord bedeutete hätte, so hätte die Regierung aus der Lage die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Ein Teil der Rechtspreffe tadelt die Regierung, daß sie den passiven Widerstand einstellt, ohne freilich ein Mittel anzuzeigen zu können, das es möglich gemacht hätte, den Widerstand wirksam fortzusetzen.

Gegen Umsturzpläne.

Berlin, 23. Sept. In der Öffentlichkeit sind in der letzten Zeit wiederholt Gerüchte über Bewegungen aufgetaucht, die sich gegen die Staatsgewalt richteten und den Umsturz vorbereiteten. Von verschiedenen Seiten wurden nach dieser Richtung auch öffentlich Drohungen ausgesprochen. An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kam ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand gestern eine Beratung statt, an der der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen. Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Ueber einstimmung darüber, daß bei jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Nachtmittel des Staates eingesetzt werden.

Um die Einheit.

Berlin, 25. Sept. Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm erlassen: Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausschließlich den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwa erforderliche

liche Notverordnungen über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr Reichspräsident.

„Die nötige Bürgertugend“.

Das soeben erscheinende Septemberheft der Jungdemokratischen Zeitschrift Echo enthält an leitender Stelle eine sehr bemerkenswerte „Mahnung“ Lujo Brentanos. Darin heißt es:

„Wir leben heute in einer Republik, und wer sein Vaterland über romantische Wünsche zu stellen als oberste Pflicht erkennt, läßt alles hinter der Aufgabe zurücktreten, innerhalb dieser unserer zu Recht bestehenden Verfassung sich um den Wiederaufbau Deutschlands zu bemühen. Nur bei stabilen inneren Verhältnissen läßt sich dieser erhoffen. Aber um die Republik zu erhalten und damit Deutschland zu retten, ist es nötig, des Prinzips der Republik eingedenk zu sein, das Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze“ als solches bezeichnet hat. Das ist die Tugend. Er hat darunter nicht die privaten Tugenden der einzelnen verstanden, sondern die Bürgertugend, die jeden dazu treibt, sein Leben und Gut für sein Vaterland hinzugeben. Jean Jacques Rousseau hat Montesquieu ausdrücklich zugestimmt: „Nichts“, schreibt er, „ist gefährlicher, als der Einfluß des privaten Sonderinteresses in den öffentlichen Angelegenheiten“, und im Hinblick auf ihn hat er an der Möglichkeit des Bestandes von Republiken gezweifelt. Das sind Mahnungen, die von denen, die die deutsche Republik erhalten wollen, wohl zu beherzigen sind. Denn an der dazu nötigen Bürgertugend hat es in Deutschland seit 1918 gewaltig gefehlt. Regierung und Reichstag haben sich geschaut, dem deutschen Volke offen zu sagen, daß es sein Äußerstes an Steuern aufbringen muß, um sich von dem durch das Versailles Diktat auferlegten Joch zu befreien. Sie haben es vorgezogen, den laufenden Bedarf der Staatsverwaltung durch die Fabrikation von Papiergeld, d. h. durch die ungeeignetste Form der Besteuerung zu decken. Die Folge ist, daß während wir früher höchstens die Hälfte unseres Vermögens hätten opfern müssen, eine nahezu völlige Enteignung des Vermögens des gesamten Mittelstandes eingetreten ist, eine Enteignung nicht etwa durch Kommunisten, sondern zugunsten weniger außerordentlich Reicher, welche die rechtzeitige Sanierung unserer Finanzen durch eine radikale Steuerreform zu hintertreiben verstanden haben. Die Folge ist, daß eine Zwangsverwaltung durch unsere Feinde uns droht.“

England gegen alle weiteren Sanktionen und Besetzungen.

London, 25. Sept. Unterstaatssekretär Ayre, der Verfasser des Kommunique, das über die Zusammenkunft Baldwin mit Poincare ausgegeben wurde, äußerte sich dahin, die Zusammenkunft habe nur psychologische Wirkung gehabt. In amtlichen Kreisen verhält man sich noch immer außerordentlich zurückhaltend. Baldwin hat bisher noch keine Zusammenkunft mit dem Minister des Auswärtigen, Lord Curzon, gehabt. Im Kabinettsrat am Mittwoch wird der Premierminister wahrscheinlich feststellen, daß England, die Besetzung des Ruhrgebietes als völlig vollzogene Tatsache hingenommen habe, wenn es sich auch nicht billige. Er habe die Höhe der französischen Reparationsforderungen anerkannt und eine Anleihe zur Wiederherstellung Deutschlands vorgeschlagen unter der Bedingung, daß Deutschland gegen alle weiteren Sanktionen und Besetzungen gesichert werde.

Die Aufnahme der Poincare-Reden in Paris.

Paris, 24. Sept. Die gestrigen Reden Poincares werden hier allgemein als endgültige Bestätigung dafür angesehen, daß die Vertreter der Mithrasstheorie bei dem französischen Ministerpräsidenten den Sieg davongetragen habe. Es handelt sich um jene amtlichen und nichtamtlichen Kreise, die gleich nach der Ernennung des neuen Reichskanzlers die Leitartikel des Temps über Stresemann wie schon während der Kriegszeit inspirierten und seitdem alle Äußerungen und Handlungen des Reichskanzlers ohne Rücksicht auf die inneren Schwierigkeiten in Deutschland daraufhin untersuchten, ob nicht darin etwas enthalten sei, was zur Nährung des französischen Mithrasdienstes dienen könnte. Bei den auch hier anerkannten Schwierigkeiten und dem offenbar guten Willen Stresemanns war nicht allzu viel solcher Art zu sammeln, aber es hat doch in Verbindung mit den Vorsetzten der deutschen Nationalisten genügt, Poincare in der Ueberzeugung zu bestärken, daß weitere Zugeständnisse vor Beendigung oder Einstellung des Wider-

standes im Ruhrgebiet nicht gemacht werden können. In den der Regierung nahestehenden Kreisen sieht man ein größeres Entgegenkommen Poincares gegenüber Stresemann darin, daß der Ton der Reden des französischen Ministerpräsidenten seit Cunos Sturz ganz anders geworden ist und daß der französische Botschafter in Berlin zu Unterhaltungen mit der Reichsregierung ermächtigt wurde. Man versichert in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß es falsch wäre, aus dieser Unnachgiebigkeit Frankreichs in der Widerstandsfrage Rückschlüsse auf sein voraussichtliches Verhalten in der weiteren Regelung zu ziehen. Man denkt hier, wie versichert wird, nicht an die Aufzwingung politischer Lösungen, wie das Echo de Paris sich heute irreführend ausdrückt, sondern stellt sich die Regelung als Ergebnis von Verhandlungen mit den Verbündeten und Deutschland vor. Die Morgenblätter charakterisieren treffend den Standpunkt der Regierung, wenn sie bei Kommentierung der Rede Poincares behaupten, ein heilsamer Wechsel in Deutschland könne nur erzielt werden, wenn die deutsche Regierung die ganze Schwere der Niederlage empfinde.

Die weltwirtschaftlichen Folgen des Ruhrbruchs.

Erst ganz allmählich kommt man im Auslande, soweit man dort nicht völlig unter der Suggestion der französischen Dunkelmänner vom Schlags Poincares steht, zur Erkenntnis, daß durch die imperialistische Politik Frankreichs Deutschland gegenüber wichtige Teile des Wirtschaftsmechanismus der Welt in Unordnung geraten sind und die Gesamtheit immer schwerer darunter zu leiden verurteilt ist. Nachrichten aus Indien, Südamerika und anderen Teilen des Erdballs bringen deutliches Beweismaterial für die weitreichenden Wirkungen, die die Lage an der Ruhr auf den Welthandel ausübt. — gibt es doch bei der innigen Verflechtung der weltwirtschaftlichen Beziehungen schon längst kein isoliertes Wirtschaftsgebiet mehr. Wie der englische Premierminister Baldwin mit vollem Recht betonte, wird durch die immer geringer werdende Aufnahmefähigkeit Deutschlands beispielsweise für Salpeter die chemische Wirtschaft schwer geschädigt, während, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, Indien in Mitteleuropa seinen wichtigsten Markt für Reis, Lute, Gewürze und Hölzer verloren hat. — Bezeichnend für die weitgehenden verderblichen Wirkungen der Ruhrbesetzung ist auch ein Artikel, der „Skandinavien Shipping Gazette“, nach dem das Unglück der Ruhrbesetzung nicht allein Deutschland, Frankreich und Belgien zu ruinieren droht, sondern einfach zerstörend für das ökonomische Leben aller europäischer Länder ist. Die Schiffsbau-, Stahl- und Eisenindustrie, ebenso wie der Handel und die Schifffahrt Skandinaviens empfinden in gleicher Weise und besonders stark die vernichtende Wirkung des Ruhrübels. „Geht die Besetzung der Ruhr fort“, — so argumentiert das angefehene skandinavische Blatt — „so bedeutet das in der Tat den ökonomischen Selbstmord Europas. — Die Ruhr ist die große Wunde, durch die Europa sich zu verbluten im Begriffe sieht. Daher ist es notwendig, daß Frankreich sobald wie möglich die Ruhr verläßt.“

Die Zertrümmerung der Gewerkschaften.

Köln, 21. Sept. Aus Gewerkschaftskreisen schreibt man der „Köln. Ztg.“: Ausgesprochen wurden aus Koblenz die Gewerkschaftssekretäre Kirsch und Kartell der christlichen Gewerkschaften, der Geschäftsführer Knable vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und Herr Brendel als früherer Angestellter des Christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes. Die Begründung der Ausweisung lautet: „politisch verächtlich.“ Eine willkürlichere Begründung hat man bisher bei allen Ausweisungen von Vertretern der Arbeiterschaft noch nicht gefunden. Gleichfalls wurden von der Ausweisung betroffen, fünf führende Angestellte der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Partei in Koblenz. Nach den jetzigen Anstrengungen der Franzosen das letzte zu tun, um auch in der Arbeiterschaft die Betwörung zu steigern durch die Ausweisung der führenden Vertrauensleute der Arbeiterschaft, wird es bei dem Koblenzer Vorkommnis allein nicht bleiben. Aber hier wie auch anderswo wird die deutsche Gewerkschaftsbewegung am Rhein in der Lage sein, das Hauptziel der Franzosen, die Interessensvertretung der deutschen Arbeiterschaft zu zerrütten, unmöglich gemacht. Aus der Gewerkschaftsbewegung wachsen fortwährend genug Leute hervor, um die Ausfallposten neu zu besetzen. Das mögen sich die Franzosen gesagt sein lassen, deren Hauptbestreben jetzt darauf hingedrängt, mit allen Mitteln die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft in ihrem Wirkungsbereich einzugrenzen.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

19) Nachdruck verboten.

„Ja, das hat er,“ antwortete Michel, und ein überlegenes Lächeln glitt über sein braunverbranntes gesundes Gesicht. „Das hat er wohl, aber so viel kann ich dir sagen, umgebracht hat er den Grafen nicht, das hat ein anderer bejagt. Und du weißt ja, wie es heißt: Die Kleinen hängen man und die Großen läßt man laufen. Nun aber komm, wir wollen in den Garten gehen.“

Draußen wogte ein schwerer Duft vom Harz der Obstbäume, von Nelken und Rosen. Mag ging den schmalen Pfad entlang und warf links und rechts bewundernde Blicke auf die herrliche Kultur des Gartens. Fortwährend wechselte das Bild, fortwährend die eigenartigen Düste. Endlich kamen sie an das Ende des Gartens, wo ein kleines Pförtchen hinaus aufs Feld leitete.

„Das haben wir alles noch hinzugepacktet, so weit du sehen kannst. Dort wird das gewöhnliche Gemüse geizt, dort wachsen unsere Kartoffeln, unsere Erbsen und Bohnen und das Futter fürs Vieh.“

„Und dort arbeitet wohl auch das Goldhändchen?“

„Ja, da siehst du ihn ja, er hat's Ribben. Bist du ihm guten Tag sagen? Er freut sich sicher, wenn er dich sieht.“

„Er ja gerne.“

Und sie traten durch das Pförtchen hinaus und näherten sich, langsam in den Furchen voranschreitend, dem arbeitenden Peter. Jetzt standen sie vor ihm. Er hielt inne in der Arbeit, stützte die Riesenhand auf den Stiel des mächtigen Karst, strich sich dann die buschigen, in die Stirn gefallen Haare zurück und zog den Strohhut über die Augen.

„Grüß dich Gott, alter Wildschütz,“ redete ihn Mag an, und Peter schob ihm das berühmte Goldhändchen hin, in dem des Oberlehrers Rechte vollständig verschwand.

„Grüß Gott, Försters Mag,“ antwortete der Wilddieb mit treuherzigem Lachen. „Hab schon gehört, daß Sie wieder da sind und habe mich gefreut. Weißt du noch, Bub — er fiel plög-

lich in den altvertrauten Ton — wie ich dich habe die Hechte fangen lehren in der Rinzig, und wie du hinter deines Vaters Rücken mit mir Schlingen stellen gegangen bist?“

Er lachte laut auf. Michel verwies ihm das Dufagen zu dem Herrn Doktor.

„Laß ihn nur, Michel, so ein alter Kerl wie der Peter gewöhnt sich nicht mehr, und ich wüßte auch nicht, wie ich anders zu ihm sagen sollte, als du.“

„Das wäre noch schöner, der Vater und ich, wir habens gut zusammen gekannt. Solange er lebte, habe ich keinen Bock in seinem Revier geschossen, nur wenn mit einmal einer vom gräf. Jhüber auskniff. Wir sind uns einander aus dem Weg gegangen. Oft hat er zu mir gesagt: Peter, bleibe mit vom Gewehr weg, du weißt, es schmeckt nicht gut, so ein Lot Blei verschlucken. Da habe ich ihm dann geantwortet: Herr Förster Sie wissen auch, wies schmeckt. Gott soll mich verdammen, würde ich je mein Gewehr auf einen Familienwater anlegen.“

„Hast du immer so gedacht, Peter?“

„Der Hund!“ Und Peter hob drohend die Riesenfauf in der Richtung nach dem Walde, hinter dem das Forsthaus Wolfgang lag. „Gott soll ihn verdammen, den Hund, und den treffe ich auch noch einmal. Wir beide rechnen ab, du grüner Satan. Beinahe zwei Jahre hat er mich hineingehackt, mit meine Freiheit gestohlen. Erst muß er auch dahin und Wolle zupfen und Soldatenkappen nähen, und wenn er herauskommt, dann soll er das Goldhändchen kennen lernen.“

„Die Sache ist abgetan, lieber Peter. Wenn ers getan hat, kannst du nicht beweisen.“

„Bielesicht sind ich doch noch etwas gegen ihn. Wolle zupfen muß er für seiner Mord, und wenn ichs nicht dahin bringen kann... nun, dann rechnen wir beide unter uns ab.“

„Ich weiß nicht, die Sache hat zwischen euch dreien gespielt, und einer davon kann nicht mehr reden, der andere will nicht, und du, Peter, was bist du? Ein Wilddieb, dem glaubt man nicht. Sie sagen alle, du hast getan.“

„Blind, stumm und lahm will ich werden auf der Stelle, wenn ichs getan habe.“

Mag schauerte zusammen vor der furchtbaren Vermischung, die der Wildschütz über sich aussprach. Er kannte ihn als einen frommen gottesfürchtigen Mann, der nie etwas Unrechtes getan hatte mit Ausnahme des Wildfrevels. Darin aber sah er keine Sünde, er sah darin nur das angekommene Recht des Menschen. Wenn dieser Peter Wädter eine solche Vermischung über sich aussprach, konnte man ihm glauben. Ein kaltes Entsetzen erfüllte Mag, als er daran dachte, daß Molly seine heißgeliebte Molly, deren Besitz er mit Schmerzen entäußert hatte, in der Gewalt dieses furchtbaren Mannes sei, der außerlich so freundlich, so liebenswürdig scheinen konnte, und der doch ein Mörder war.

„Wenn du einen Beweis hast, Peter, warum hast du ihn nicht bei der Verhandlung angebracht?“

„Ich hab keinen, ich suche darnach.“

„Ach, suchen, Peter, und finden ist zweierlei,“ antwortete Mag mit einem Gefühl tiefer Enttäuschung.

„Ich wills dir sagen, der Michel weiß, was ich meine. Er hats um die Frau getan, um die Frau Gräfin. Von dorthen kommt der Beweis, denn sie weiß jetzt Bescheid, und sie wird nicht schweigen. Laß mich nur einmal mit ihr reden, sie wird ja wiederkommen, und sie ist eine gutherzige, liebe Frau. Die wird einen alten Mann sich anhängen, wenn er ihr was zu sagen hat.“

Mag schüttelte den Kopf.

„Das sind Hirngespinnste, Peter, darauf verlasse dich nicht.“

„Und wenns nicht anders geht, dann spiele ich den Richter.“

„Du kannst nur den Henker spielen, Peter, nicht aber den Richter.“

„Meinetwegen auch, aber meine Rache muß ich haben.“

„Die Rache ist mein, spricht der Herr.“

„Ja, das spricht er, aber er hat mich zu seinem Werkzeug ausersehen und wehe dem Ritter, wenn er mir vors Rohr läuft.“

„An so was darfst du nicht denken, er hat Frau und Kinder.“

Ein Ernährungsdiaktor in Bayern.

Mit wachsender Bestimmtheit wird in bayerischen Blättern, wie auch von uns, mitgeteilt, daß die Ernennung eines Ernährungsdiaktors für Bayern, dem die Regelung der gesamten Ernährungsverhältnisse unterstellt werden solle, in Aussicht genommen sei; auch über die Person des Diaktors besteht bereits Einigkeit. Man wird sich erinnern, daß Ministerpräsident Dr. von Knilling in seiner Tantenhausener Rede darauf vorbereitet hat, daß Bayern auch in der Ernährungsfrage selbständig vorzugehen gedenke. Herr von Knilling machte sich die Behauptung zu eigen, daß Bayern durch norddeutsche Händler überflutet werde, die seine landwirtschaftlichen Produkte aufkaufen und wegführen und er verlangte, als Gegenmaßnahme Einführung des Frachtbrieftzwanges und strengste Verkehrskontrolle. Andernfalls sei Bayern entschlossen, seine eigenen Vorkehrungen zu treffen und rücksichtslos gegen das Händlerwesen vorzugehen. Danach scheint nun in der Tat die bayerische Regierung gewillt zu sein, mit Hilfe eines sogenannten Diaktors eine eigene Ernährungspolitik zu treiben. Dieser Schritt muß als höchst bedenklich bezeichnet werden, denn der Erfolg muß doch der sein, daß eine Lockerung des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich eintritt. Nun aber ist das deutsche Reich ein einheitlicher Wirtschaftskörper, von dem sich nicht einzelne Teile nach Belieben autonom machen können, ohne das Reich und schließlich sich selbst zu schädigen. Wenn also Bayern ohne einen Leiter des Ernährungswesens nicht auskommen zu können glaubt, so muß man wenigstens verlangen, daß er seine Tätigkeit nur im engsten Einvernehmen mit der Reichsregierung ausübt.

Was soll das?

Frankfurt a. M., 22. Sept. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Wenn es auch richtig sein wird, daß der bayerische Staat als solcher keinerlei Schritte unternommen hat, um etwaige Berliner Guthaben einzuziehen, so ist doch kaum daran zu zweifeln, daß von Seiten öffentlicher bayrischer Geldinstitute aus Gründen der Ordnung, der Uebersicht oder der bloßen Greifbarkeit mindestens ein Teil der in Berlin bankmäßig ruhenden Effektedepots abgeholt wird, wie das in Börsengerüchten schon seit vier bis fünf Tagen behauptet wird.

Die Demokraten stützen das Kabinett Stresemann.

Berlin, 23. Sept. Der Parteiausschuß der Deutschdemokratischen Partei, der aus allen Teilen des Reiches, insbesondere aus dem besetzten Gebiet stark besetzt war, nahm einstimmig nach Referaten der Abgeordneten Peterzen und Erkelenz eine Entschließung an, die sich hinter die Politik des Kabinetts Stresemann stellt. In der Debatte ergriff auch Reichswehrminister Dr. Gessler das Wort. Seine Ausführungen über die Haltung der Reichswehr wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Am Nachmittag wurde die Währungsfrage erörtert und in einer Resolution die Bedenken wegen des Vorschlags einer Bodenmark gebracht.

Der sächsische Ministerpräsident gegen die Berliner Sozialdemokraten.

Berlin, 25. Sept. Laut „Vorwärts“ hat der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufzufordern, ihm ungekürzt das Material zu unterbreiten, auf das sich seine auf dem Berliner Bezirksparteitag aufgestellte Behauptung von dem Bestehen einer moralischen Korruption im leitenden Berliner Parteivorstand gründet.

Die Sinnlosigkeit der Hamburger Arbeiter.

Hamburg, 25. Sept. Als Fortsetzung der von den Gewerkschaften beschlossenen außerparlamentarischen Aktion fand heute mittag in Hamburger Zeitungsbetrieben und bei einigen anderen Großbetrieben ein zweifelhafter Streik statt, der bezweckte, die Arbeitgeber zu Verhandlungen über die Auszahlung von Geldlöhnen zu bewegen. Die Abendblätter sind mit Verspätung erschienen. Die Verleger veröffentlichten eine Erklärung, in der sie betonten, daß die Zeitungsverleger bei einer Wiederholung einer solchen Maßregel gezwungen wären, ihre Betriebe zu schließen.

Moskau auf der Lauer.

Man schreibt uns aus München: In der russischen Zeitung „Segodnja“ wird berichtet, daß die Ankunft des deutschen Kommunisten Hammer in Moskau neue Rührigkeit der Bolschewisten bewirkte. Hammer soll dort die Verlegung eines entscheidenden Hervortretens der Kommunisten in Deutschland befürwortet haben. Bis zum Januar werde die ganze organisatorische Arbeit der deutschen Kommunisten erfolgreich beendet sein und dann sei nach der innere Verfall Deutschlands auf seinem Höhepunkt angelangt. Bis dahin sei die Lösung Kräfte sammeln und abwarten! Uebrigens soll Bucharin nach einer privaten Information des „Aufbau“ auf einer Kommunistenversammlung in Lissis in einer Rede über die Weltrevolution verkündet haben, daß die deutschen Arbeiter schon in den nächsten Wochen die Gewalt an sich reißen würden. Auch wir sagen: Abwarten! Das deutsche Volk wird trotz seiner Not den Moskauer Agitatoren und Geldgebern für die deutschen Unruhen zögeln, daß es nicht revolutionsreif ist. Die Kommunisten mögen es nur wagen und sie sollen diesmal blutiger heimgeschickt werden als je! Die Schandbuben werden an diese Lektion denken!

Kommunistische Waffenlager von russischem Geld.

Der „Vorwärts“ meldet, daß in den letzten Tagen in Berlin von der politischen Polizei kurz nacheinander zwei kommunistische Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt worden seien, die, wie das Blatt behauptet, für Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland von amtlichen Organen der Berliner russischen Ver-

tretung errichtet worden seien. Besonders schwer belastet das Blatt den Militärattache der russischen Botschaft, Petroff, der die in dem einen Lager aufgefundenen Waffen bei einer Waffenfirma mit 1500 Dollar selbst bezahlt haben soll. Es handelt sich bei den aufgefundenen Waffen um 7 schwere und 13 leichte Maschinengewehre mit Ersatzteilen dazu, sowie um einen Minenwerfer.

Zusammenstöße mit Stahlhelm-Leuten.

Leipzig, 24. Sept. Anlässlich einer Fahnenweihe des Stahlhelmbundes, kam es in Wiederitzsch, hart an der preußischen Grenze, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelm-Leuten und Angehörigen der roten Hundertschaften. Die Polizei hatte den Stahlhelmlenten die Feier in einem geschlossenen Raum gestattet. Sie wollten jedoch nach Bodelwitz marschieren. Dabei kam es zu den erwähnten Zusammenstößen, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden fortsetzten. Von Leipzig wurde Landespolizei und Sanitätspersonal nach Wiederitzsch geschickt. Auch auf preußischem Gebiet kam es zu Zusammenstößen. Im Kreisstrankehause St. Jakob wurden elf Schwerverletzte eingeliefert; davon sind drei lebensgefährlich verletzt. Nach unbestätigten Meldungen sollen zwei Stahlhelmlente ihren Verletzungen erlegen sein.

Zu den Unruhen in Gleiwitz.

Berlin, 24. Sept. Wie der amtliche preußische Pressedienst feststellt, stellten sich die Berichte der „Roten Fahne“ über die Hunger-Unruhen in Gleiwitz als eine maßlose Uebertreibung heraus. Es gab am Samstag in Gleiwitz eine Beunruhigung in der Bevölkerung, weil die Lohnzahlungen sich aus Geldmangel verzögerten. Beabsichtigte Demonstrationen wurden jedoch von dem Polizeipräsidenten im Keime erstickt. Dabei kam es auf keinen Fall auch nur annähernd zu solchen Zusammenstößen, wie die „Rote Fahne“ behauptet. Es ist anzunehmen, daß es in Gleiwitz und den umliegenden Bezirken wieder völlig ruhig ist, da der Oberpräsident sich dorthin begibt, um selbst mit den Arbeitnehmern zu verhandeln und die vorhandenen Differenzen zu schlichten.

Der Mord von Janina.

Nach einer Meldung aus Prevesa wäre der Bericht der von der Botschafterkonferenz eingesetzten Untersuchungskommission am Samstag nach Paris abgegangen. Man nehme an, daß die Griechen unschuldig seien, daß ihnen jedoch Fahrlässigkeit vorzuwerfen sei und daß sie nicht alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hätten, um die Mörder ausfindig zu machen. Andererseits hätten die Italiener einen Bericht angefertigt, in dem sie das Anlagematerial Italiens gegen Griechenland zu verdrängen suchten. Der japanische, der französische und der englische Delegierte seien, wie verlautet, überzeugt, daß der Mord ein Raubmord und kein politisches Verbrechen sei.

Neuter meldet noch aus Prevesa: Am Freitag ereignete sich ein Zwischenfall, der ernste Folgen hätte nach sich ziehen können. Die Griechen widersetzten sich dem Vorschlag der italienischen Delegation, daß ihr gestattet werden solle, eine Abteilung Karabinieri auf griechisches Gebiet zu entsenden, um den Kurierdienst zwischen Janina und Italien wieder aufzunehmen. Schließlich wurde durch Vermittlung des japanischen Vertreters eine Regelung erreicht.

Die Lage Ägyptens beklagenswert.

London, 22. Sept. Einer Neutermeldung aus Kairo zufolge bezeichnete der Nationalistenführer Zaglul Pascha in einer Unterredung die augenblickliche Lage in Ägypten als beklagenswert. Niemals seit 1832 habe Ägypten in einer gefährlicheren Atmosphäre der Unsicherheit gelebt als jetzt. Die Verfassung, die dem ägyptischen Volke viel zu geben scheint, gebe in Wirklichkeit nichts. Die britische Verwaltung habe sich nur äußerlich verändert. Die Lage sei ernst. Das ägyptische Volk müsse verstehen, daß es seine Pflicht sei, alle Kräfte zu vereinigen, Vertreter zu wählen, die im Parlament ihre Stimme erhöhen und ihren Willen zum Ausdruck brächten.

Baden.

Badische Reformen.

Baden und die Reichseinheit. — Eine Rede des Finanzministers.

Karlsruhe, 24. Sept. Auf dem gestrigen Parteitag der badischen Zentrumspartei erklärte Finanzminister Köhler, die badische Regierung habe zu dem Beamten- und Finanzproblem in den letzten Tagen entscheidende Beschlüsse gefaßt, die sofort in die Tat umgesetzt werden würden. In erster Linie stehe der Beamten-Abbau und die Vereinfachung der Staats- und Gemeindebetriebe und die Verminderung der Mitgliederzahl des badischen Landtags. Der Ausgabenverminderung müsse eine noch stärkere Einnahmevermehrung gegenüber stehen. Dazu gehöre vor allem eine grundlegende Aenderung des jetzigen Steuerystems. Der Donationspolitik des Reiches müsse endlich ein Ende gemacht werden. Die Entscheidungsstunde über die Einheit des deutschen Reiches sei heraufgezogen, aber sie finde in Baden eine geschlossene Front und ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen stehe Baden zum Werk seiner Väter. Eine Diskussion über ein bedingungsloses Zusammenleben werde von Baden strikte abgelehnt. Die Führung in diesem schweren Kampf um den Bestand des Reiches könne nur der Reichsregierung zustehen.

Das Versammlungsverbot aufgehoben.

Karlsruhe, 24. Sept. Die Verordnung des Staatsministeriums vom 19. September über das Verbot von Versammlungen, Ansammlungen, Demonstrationen für eine Reihe von Amtsbezirken ist heute mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 25. Sept. (Warenpreise.) Die Preisgestaltungen in letzter Zeit sowie das Fehlen eines zuverlässigen Wertmessers zur Beurteilung der Warenpreise hat bei den Käufern zu lebhaften Beunruhigungen geführt und gegen die Verkäufer Mißtrauen hervorgerufen. Um hier nun Klärung herbeizuführen fanden sich auf Veranlassung des Amtsvorstandes gestern Abend im „Bären“ eine Anzahl Vertreter aller Berufe und Parteien zusammen, um zu erwägen, wie das Vertrauen zwischen Käufern und Verkäufern wiederhergestellt werden könnte. Herr Oberamtmann Trischeler erörterte in seiner einleitenden Ansprache alle die Gründe, die zu diesem Mißtrauen geführt haben und ersuchte unter Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften die Anwesenden, mitzuwirken an der Beseitigung desselben und geeignete Vorschläge zur Schaffung eines einmündigen und zuverlässigen Wertmessers zu machen, in dem das geeignetste Mittel zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zu erblicken sei. Es erfolgte dann eine ergebnisreiche Aussprache über die verschiedenen Methoden der Preisbildung und Preisgestaltung, die Goldmarkberechnung und das Schlüsselzahlssystem. Schließlich erklärten die Vertreter des Handels, das Schlüsselzahlssystem in Anwendung bringen zu wollen und in klaren, den Verbrauchern leicht verständlichen Grund- und Schlüsselzahlen, die künftig in jedem Schaufenster zu finden sein werden, die Preise vorschriftsmäßig bekannt zu geben, wie das in einer Reihe von Städten schon durchgeführt ist. Seitens der Vertreter der Verbraucher wurden keinerlei Einwände oder Vorschläge gemacht. Damit hofft man, einen einwandfreien Weg gefunden und den Wünschen der Verbraucher Rechnung getragen zu haben. Wenn das System gewissenhaft durchgeführt wird, darf wohl nicht bezweifelt werden, daß das Vertrauen in die Reellität der Verkäufer sich rasch wieder befestigen wird.

* Sinsheim, 25. Sept. (Gewerbeschule.) Herr Diplomingenieur R. Finke aus Karlsruhe wurde der hiesigen Gewerbeschule als Hilfslehrer zugewiesen.

* Sinsheim, 25. Sept. (Frauenverein.) Mit der Absicht, die Beziehungen zwischen Zentralleitung und den Zweigvereinen inniger zu gestalten, das Interesse für den Bad. Frauenverein und seine segensreichen Bestrebungen in allen Kreisen der Bevölkerung zu wecken, das Leben und die Arbeitsfreudigkeit in den Zweigvereinen zu heben, neue Anregungen zu geben hat sich der Hauptverein entschlossen, am nächsten Sonntag Nachmittag im Saale der Reichskrone in Sinsheim eine Bezirksversammlung abzuhalten, bei der Frau Abgeordnete Straub, eine bewährte Mitarbeiterin mit reichen Erfahrungen, ihr Erscheinen zugesagt hat. Die Zweigvereine der Umgebung und auch dem Verein noch fernliegende Frauen aller Stände sind hierzu herzlich eingeladen. Die Tagung verspricht sehr anregend zu werden.

Δ Sinsheim, 22. Sept. (Anpassung von Testamenten an die Geldentwertung.) Von sachverständiger Seite wird auf eine Folge der Geldentwertung hingewiesen, die dringend der allgemeinen Beachtung empfohlen werden muß. Die grundsätzliche Veränderung unserer Geldverhältnisse wirkt sich bei der Ausführung von Testamenten und letztwilligen Verfügungen vielfach in offenkundigen Härten oder erbitterten Streitigkeiten der Beteiligten, darunter häufig naher Verwandter, aus, z. B. wenn Vermächtnisse noch auf Geldbeträge lauten, die dem damit verfolgten Zweck gegenüber wertlos sind oder wenn der Erblasser für die Uebernahme von Erbschaftssachen Preise festgesetzt hat, die heute keinen Sinn mehr haben oder wenn er alle Realwerte einem feiner Erben zugewendet und dadurch die anderen in nicht gewollter Weise zurückgelassen hat. Gewiß hätten die Erblasser in den meisten Fällen den daraus erwachsenden Benachteiligungen und Feindschaften durch Aenderung ihrer Testamente vorgebeugt, wenn sie sich bei Lebzeiten über die Folgen ihrer Anordnungen genügend Rechenschaft gegeben hätten. Es sollte daher niemand veräumen, die von ihm errichteten letztwilligen Verfügungen daraufhin anzusehen, ob sie auch noch den heutigen Verhältnissen gerecht werden. Ergibt sich die Notwendigkeit einer Aenderung, so ist das vorliegende Testament beizugeben, um die jetzigen Verhältnisse anzupassen. Der Aufwand an Mühe und Kosten lohnt sich reichlich durch die damit gesicherte gerechte und friedliche Abwicklung der künftigen Nachlassregelung.

* Sinsheim, 26. Septbr. (Anpassung der Mieten an die Geldentwertung.) Eine Neuregelung der Wohnungsfürsorge sieht ein Gesetz vor, der zurzeit in Vorbereitung ist und dem Reichstag sehr bald zugehen dürfte. Die bisherigen Wohnungsbauzuschüsse werden voraussichtlich Wegfall kommen. Dafür sollen die Mieten in weit stärkerem Maße als es bisher der Fall war, der Geldentwertung angepaßt werden. Minderbemittelten sollen Zuschüsse zur Wohnungsmiete gewährt werden.

* Sinsheim, 26. Sept. (Aenderung des Postcheckgesetzes.) Der Reichspostminister hat dem Reichstag die Entwurfe eines Gesetzes zur Aenderung des Postcheckgesetzes zugehen lassen. Nach diesem Gesetz sollen, wie es übrigens bei den Banken schon seit Mitte September der Fall ist, im Postcheckverkehr alle Markbeträge, die nicht durch 1000 teilbar sind, allgemein auf 1000 Mark abgerundet werden. Verfügt der Kontoinhaber bis 15. Oktober nicht selbst die Abrundung seines Gesamtgutabens auf volle 1000 Mk., so sollen die überschließenden Beträge zugunsten der Postkassen vereinnahmt werden. Das Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten. Der Reichstag wird sich bereits in seiner ersten Sitzung am Mittwoch mit der Vorlage beschäftigen.

Δ Grombach, 24. Sept. (Ein Bubenstreich) ist vom Sonntag zu berichten. Gegen den abends um 7 Uhr in Heilbronn abgehenden Personenzug nach Mannheim wurde zwischen den Stationen Babstadt und Grombach auf freier Strecke mit Steinen gemorfen, wodurch zwei Wagenfenster zertrümmert worden sind. Außer einer Dame, die durch Glassplitter kleinere Hautabschürfungen davontrug, wurde glücklicherweise niemand verletzt. Zweifellos handelt es sich um ein freches, zugleich aber auch gefährliches Lausbubenstück.

* Neckarbischofsheim, 14. Septbr. (Bürgerausschuß.) Die Beschlusfassung über die Eingemeindung von Badisch-Helmhof wurde vertagt. Ein von Herrn Gemeinderat Kuppert eingebrachter Antrag: die Angelegenheit auf bessere Zeiten zu verschieben, fand einstimmige Annahme, auch der Vertreter von Helmhof. 2. Bezüglich der Erzielung besserer Mietpreise für Gemeindefamilien wurde eine Resolution gefaßt, die Hunderttase nach dem Reichsmietengesetz rückwirkend nach Ablauf jedes Monats festzusetzen. Allgemein wurde anerkannt — auch von Mieterseite — daß die Wohnungsmiete den Zeitverhältnissen nicht entspricht. Die Re-

MW feurio M
Nicht der Preis entscheidet, sondern die Qualität. Feurio enthält 80% Fett, Kernseifen nur 60%, Feurio ist daher im Gebrauch viel sparsamer und schon die Wäsche ungleich mehr.
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G. TRUEB

Isolation wird an den Bezirksrat, der sich mit der Festsetzung der Hundertsteuern zu befassen hat, und an das Arbeitsministerium weitergeleitet.

Heidelberg, 24. Sept. (Wenn der Zugführer fehlt.) Aus Heidelberg, wo bekanntlich die Züge meist recht lange halten, geht uns folgende Zuschrift zu, die recht eigenartig klingt:

Heidelberg, 25. Sept. (Opfer der Zeit.) Der 40-jährige verheiratete Ingenieur Ernst Maier von hier ist an Erstickung gestorben.

Asbach, 25. Sept. (Um eine Zigarre in den Tod gegangen.) Dieser Tage wollte sich ein Knecht, der von seiner Herrschaft zwar Verpflegung und Kleidung, aber selten Geld in die Finger bekam, eine Zigarre kaufen.

Bruchsal, 25. Sept. (Verhaftung.) Der hiesigen Gendarmerie ist es gelungen, die Täter zu ermitteln und festzunehmen, die seit längerer Zeit größere Getreidediebstähle auf dem Hofgut Althof bei Gondelsheim verübt haben.

Eutingen, 25. Sept. (Ruhr.) In der hiesigen Gemeinde ist die Ruhr ausgebrochen, die bereits ihr erstes Todesopfer, den früheren 73-jährigen Polizeibediener August Reble, gefordert hat.

Engen, 21. Sept. (Eigenartiger Kauf.) Ueber einen eigenartigen Kauf wird der Konst. Ztg. berichtet: Hier wurde ein Lafrakraftwagen zu 2,5 Milliarden Mark verkauft.

Waldkirch, 25. Sept. (Starkstromtötung.) Beim Reinigen der Fenster kam der Elektromechaniker Braun in Dersimonswald mit dem Fuß an die Starkstromleitung und wurde getötet.

Friedrichshafen, 25. Sept. (Der neue Zeppelin.) Nach einer Meldung aus Washington bereitet das Marineministerium die Ueberfahrt des Zeppelins LZ 120 nach Lakenham vor.

Basel, 24. Sept. (Schnee in den Bergen.) In den Bergen ist die Winter eingekehrt. Die letzten 3 Tage brachten einen großen Wittersturz und bis 1800 Meter hinunter Schnee.

Ludwigsburg, 25. Sept. (Des Königs Grab.) Am Grabmal des Königs auf dem alten Friedhof ist jetzt die Aufschrift angebracht worden: „Wilhelm II. von Württemberg, geb. 25. Februar 1848, gest. 2. Oktober 1921.“

Rochendorf, 24. Sept. (Verunglückt.) Der 25 Jahre alte Motorradfahrer Gramling von Oberkessach stieß beim Bahnhof Rochendorf-Nord am Bahnübergang mit dem von Neuenstadt eintraffenden Zug der Kochertalbahn zusammen.

Leichlingen, 25. Sept. (Franzosenopfer.) Wie im bestetzten Gebiet unsere Feinde haufen, zeigt folgender erschütternde Fall: Der verheiratete Sohn des früheren Fabrikanten Steinbach in Kassel ist bei Krupp angefallen.

Berlin, 24. Sept. (50 Milliarden für ein vierjähriges Wagenpferd.) Dieser Preis wurde auf der von der Vereinigung ostpreussischer Pferdezüchter Insterburger Zatterfall A.-G. zusammen mit dem Verein für Pferdezüchter und Pferdeausstellungen in Breslau veranstalteten Auktion von edlen Reit- und Wagenpferden in Königsberg erzielt.

Paris, 24. Sept. (Schweres Luftballonunglück.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß sich bei Gelegenheit der Abfahrt der Luftballone zum internationalen Gordon-Benett-Wettbewerb infolge eines Gewitters ein schweres Unglück ereignete.

Paris, 24. Sept. (Schweres Luftballonunglück.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß sich bei Gelegenheit der Abfahrt der Luftballone zum internationalen Gordon-Benett-Wettbewerb infolge eines Gewitters ein schweres Unglück ereignete.

Paris, 24. Sept. (Schweres Luftballonunglück.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß sich bei Gelegenheit der Abfahrt der Luftballone zum internationalen Gordon-Benett-Wettbewerb infolge eines Gewitters ein schweres Unglück ereignete.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“

Nach dem Stande vom 23. September 1923. (Nachdruck verboten.) Allgemeine Lage. In der abgelaufenen Berichtszeit hat die Währungsnotlage fast auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft zu weiteren schweren Stockungen der Betriebe geführt.

Staatwirtschaft. Durch die enormen Ansprüche des Reiches machte die Verschlechterung der Lage der Reichsbank weitere Fortschritte. Nach dem letzten Ausweis vermehrte sich der Goldbestand um 20,6 Mill. Goldmark.

Geldmarkt. Anzeichen einer neuen Geldknappheit machen sich augenblicklich am gefamten Geldmarkt wieder bemerkbar. Man wird sehr gut daran tun, sich im Hinblick auf mögliche Entwicklungen und in der Erinnerung an die vor kurzem aufgetretenen und nur unter großen Schwierigkeiten überwundenen Störungen in allen Dispositionen darauf einzurichten.

Börse. Nachdem am Devisen- und Effektenmarkt die Kurse von Tag zu Tag sprunghaft in die Höhe geschnellt waren und Milliarden Prozent die Grundlage für viele Aktiennotierungen bildeten, vollzog sich Mitte der letzten Woche plötzlich eine beträchtliche Abschwächung.

Handel, Gewerbe und Industrie. Die Absatzstockung machte sich nicht bloß auf dem Inlandsmarkt, sondern auch im Export geltend und wirkte sich aus in zahlreichen Betriebsstörungen und -Einstellungen.

Holzmarkt. Im Einkauf von Rohholz im Walde ist plötzlich eine größere Zurückhaltung der Käufer eingetreten. Infolge der notwendigen Riefennummern von Geldern müssen an und für sich viele Holzverarbeiter den Verkäufen fern bleiben.

Baumarkt. Viele begonnene Bauten, die der Fertigstellung oft schon nahe waren, mußten eingestellt werden, da die Unternehmer die Mittel hierzu nicht mehr aufbringen konnten.

Warenmarkt. Das außerordentliche Ansteigen der Preise bringt das Erlahmen der Kaufkraft immer weiterer Kreise mit sich. Dies verhängte auch die Kapitalknappheit vieler Geschäfte zur Kapitalnot.

Ausstellungen und Messen. Auf der Kieler Herbstmesse waren durchweg nur Qualitätszeugnisse vertreten. Die Preisgestaltung war auf Goldbasis. Die Reihe der heurigen Messen wird durch die Frankfurter Messe vom 23. bis 29. ds. Mts. abgeschlossen.

Landwirtschaft. Zahlreiche Niederschläge in den meisten Gegenden haben die Vorbereitungsarbeiten für die Herbstsaat sehr gefördert. Die Ernte der Kartoffeln hat einzeln schon begonnen.

Produktenmarkt. Die Entwertung der Mark durch die Wertminderung der Tendenz der Getreide- und Produktenmärkte das Gepräde. Die Preise schnellten wieder in Anziehung an die Devisenbarisse beträchtlich in die Höhe.

Viehmarkt. Die Zufuhren waren in der Berichtszeit im allgemeinen schwach bei lebhaftem Verkehr. Infolge der Geldentwertung und Frachternöthigungen waren die Preise rapid steigend.

Arbeitsmarkt. Immer bedrohlicher wirkt die Arbeitslosigkeit ihre Schatten. Die Arbeitsnachweisbehörden fast im ganzen Lande verzeichnen eine von Woche zu Woche wachsende Zahl von Arbeitssuchenden und eine entsprechende Verringerung der offenen Stellen.

Arbeitsmarkt. Immer bedrohlicher wirkt die Arbeitslosigkeit ihre Schatten. Die Arbeitsnachweisbehörden fast im ganzen Lande verzeichnen eine von Woche zu Woche wachsende Zahl von Arbeitssuchenden und eine entsprechende Verringerung der offenen Stellen.

Lohnbewegungen. Die durch die Teuerung bedingten Lohnbewegungen vollzogen sich in der letzten Zeit zum Teil sehr geräuschvoll. Es kam wiederholt zu Arbeitsniederlegungen.

Ausland. Die Abschließung des Ruhrgebietes vom übrigen Weltverkehr bildet nach wie vor das hauptsächlichste Hindernis für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage auch des Auslandes.

Lohnbewegungen. Die durch die Teuerung bedingten Lohnbewegungen vollzogen sich in der letzten Zeit zum Teil sehr geräuschvoll. Es kam wiederholt zu Arbeitsniederlegungen.

Schlüsselfahlen.

Badische Teuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 17. Sept.: 12 938 843,77 (Vorwoche 4 014 444,19). Reichsindexziffer: Stichtag 17. Sept.: 14 244 000 (Vorwoche 5 051 046). Großhandels-Teuerungszahl: 11.—18. Sept.: 36 000 000 (Vorwoche 11 513 321).

Neueste amtliche Kurse

vom 24. September 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Industrieaktien, Schiffahrtsaktien, Freiverkehrswerte, and various exchange rates. Includes entries like 'Anleihen: 5% Dtsch. Reichsanleihe 5000000%' and 'Bankaktien: Darmstädter Bank 175 000 000%'.

Turnen, Sport und Spiel.

Gaufräuenturnfest Neckargemünd.

Letzten Sonntag hielt der Neckar-Ostgau-Turngau sein diesjähriges Gaufräuenturnfest in Neckargemünd. Eine stattliche Anzahl Turnerinnen war erschienen, um ihr turnerisches Können darzubieten.

Wer als aufmerkamer Zuschauer die Turnerinnen bei ihrer Arbeit beobachtet, konnte feststellen: Wenn ein Mädchen im Alter von 14-17 Jahren erst zu turnen beginnt, so ist es für dasselbe sehr schwer, die Leistungen derjenigen ihrer Altersklasse zu erreichen.

Bewerbeschule Sinsheim.

Bei genügender Beteiligung findet kommenden Winter ein Vorbereitungskurs zur Meisterprüfung statt. Anmeldungen werden bis 10. Oktober Wochentags vorm. von 8-12 Uhr im Gemeindefestgebäude entgegengenommen.

Berf. Stenotypistin

ev. Stenotypist (mind. 180 Silben) zu bald. Eintritt gesucht. Reinhold Stütz A.-G. Sinsheim a. d. G.

Dankagung.

Allen denen, die uns bei dem unerwartet raschen Tode unserer lieben Mutter

Lifette Smelin geb. Döbler

ihre Anteilnahme bezeugten, sagen wir herzlichen Dank. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Adolf Smelin, Metzgermeister. Sinsheim, den 25. September 1923.

Drucksachen

aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.